



H. Mögel – 20.05.2015

Falscher Stolz haben EU und Merkel-Regierung zu willigen Abnehmern der Menschenschlepperbanden gemacht!

Sowohl EU als auch Merkel-Regierung sind seit mindestens zwei Jahren hoffnungslos überfordert mit einer jährlichen sechsstelligen Flüchtlingsflut. Die einzig richtige Lösung wäre es gewesen, zusammen mit den Vereinten Nationen nach Lösungen zu suchen, die Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak und aus Afrika erst gar nicht in die EU locken und verschleppen zu lassen. Der Flüchtlingsstrom aus Ost-Europa und dem Balkan ist von EU und Merkel-Regierung hausgemacht und hätte längst gestoppt werden können unter anderem auch durch eine Aufhebung des Schengenabkommens.

Leider führt sich die EU wie eine „Weltmacht Europa“ auf, die Hilfe durch die Vereinten Nationen scheut und möglichst ihre Probleme alleine löst vor allem auf Kosten der Bürger in Deutschland.

Dieses politische Vorgehen deckt sich zu hundert Prozent mit den Nachkriegsplänen und den Besatzungszielen der Alliierten bis heute. Zusammengefasst lässt sich dies so formulieren:

Die Deutschen sollen immer schlechter gestellt sein als die Bürger ihrer EU-Nachbarstaaten und keinen eigenen souveränen Staat mehr erhalten. Genau diese Ziele wurden von den Alliierten in die spätere EU-Politik eingebaut und mit dem Lissabon-Diktatur-Vertrag festgeschrieben.

Hierzu gehören als Mittel zum Zweck die EURO- Einführung, das Versprechen Helmut Kohls, dass Deutschland dauerhaft 40% aller EU-Lasten übernimmt, die Target II – Warenlieferungen an EU-Länder auf Pump zu Lasten der deutschen Steuerzahler, die Beibehaltung des Target II –Abkommens auch bei Zahlungsunfähigkeit der beteiligten EU-Länder, der Bruch des Maastricht-Vertrages mit Schuldenübernahme für die EU-Südländer, das Schengenabkommen und der Bruch des Dubliner Abkommens über die Verteilung von Flüchtlingen in der EU.

Natürlich gehört hier auch die Belastung Deutschlands durch doppelte Militärausgaben dazu, weil erstens nach wie vor die Kosten für die alliierten Besatzungstruppen durch unsere Steuerzahler aufgebracht werden müssen und zusätzlich auch noch die Kosten für die Bundeswehr als Zusatzarmee für die NATO. Völkerrechtlich sind diese politischen Zumutungen der Alliierten für Deutschland längst nicht mehr tolerierbar.

Der Deutsche Bundestag und die Bundesregierungen haben unsere Bürger in dieser Sache über Jahrzehnte hinweg belogen und getäuscht.

Auch die Merkel-Regierung unterdrückt die Wahrheit darüber, dass Deutschland kein souveräner Staat ist und nach Wunsch der Alliierten auch gar keiner mehr werden soll. Sie verschweigen, dass die Besatzungsrechte der Alliierten immer noch in Kraft sind, bei den Vereinten Nationen eine Bundesrepublik Deutschland als Staat nicht existiert, sondern das Deutsche Reich noch als „Feindstaat“ und die Bundesregierung als „Nichtregierungs-Organisation“ geführt wird.

70 Jahre nach Kriegsende muss dies als skandalös bezeichnet werden und der Deutsche Bundestag muss sich der Frage der Bürger stellen, warum er nicht endlich die Belange des Deutschen Volkes vertritt und was es mit der „Kanzlerakte“ auf sich hat!

Nun zurück zur fragwürdigen Asyl- und Flüchtlingspolitik der Merkel-Regierung.

Diese Regierung schluckt jeden EU-Vertragsbruch und sorgt dafür, dass die Flüchtlingsschwemme und der damit einhergehende drastische Kriminalitätszuwachs möglichst bis in die kleinsten Dörfer Deutschlands schwappen.

Sobald sich die Bürger einer betroffenen Region wehren, werden sie als rechtsradikal beschimpft und verteufelt.

Die Sicherheit der eigenen Bürger und die Störung der Dorfgemeinschaft ist dann plötzlich egal.

Die Merkel-Regierung und der Deutsche Bundestag sind mit ihrer Einwanderungs- und Integrations-Politik weitgehend gescheitert und verantwortlich für die Bildung immer neuer integrations-unwilliger Parallelgesellschaften, für die Bildung rechtsfreier Areale in den Städten und ständig ansteigende Kriminalität.

Die bisherigen Erfahrungen in Deutschland zeigen, dass überall dort, wo neue Asylanten-Heime geschaffen wurden, die Kriminalität sehr schnell stark angestiegen ist und sich die Bürger zu Recht wehren gegen die misslungene Asylpolitik der Merkel-Regierung.

Natürlich will niemand, dass Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken und berechtigten Asylanten und Kriegsflüchtlingen soll über die Vereinten Nationen geholfen werden.

Die von der EU bevorzugte Variante zur Lösung des Flüchtlingsproblems, möglichst den Schlepperbanden alle Flüchtlinge abzunehmen und sie vorrangig nach Deutschland zu verfrachten, ist falsch und muss gestoppt werden.

Die EU hat hier wieder mal mit „Nichts-Tun“ reagiert bis die Bürger in Deutschland, Italien oder Frankreich mit öffentlichen Protesten gegen die Flüchtlingsschwemme mobil gemacht haben.

Anstatt aber endlich die Vereinten Nationen zur Lösung des Flüchtlingsproblems einzuschalten, treten EU und Merkel-Regierung lieber als Moralprediger und Bürgerbeschimpfer auf.

Das Schengenabkommen muss endlich aufgehoben werden!

Das Flüchtlingsproblem gehört schnellstens vor die Vereinten Nationen!

Die „Besatzer-Regierung Merkel“ muss zurücktreten!

verfasst von H. Mögel – 20.05.2015

